



24.05.2016

**Dezernat 5 - Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Abfallwirtschaft
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft**

**Klimaschutz bei stillgelegten Kreismülldeponien im Landkreis Waldshut;
Förderprogramm des Bundesumweltministeriums Nationale Klimaschutzinitiative (NKI);
Antragstellung für die Deponien Lachengraben, Münchingen, Tiengen und Lottstetten**

Beschlussvorlage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus	Zuständigkeit
Bau- und Umweltausschuss	29.06.2016	öffentlich	Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Der Bau-und Umweltausschuss nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Seit 2003 verfügt der Landkreis Waldshut über eine EMAS-Zertifizierung (Eco-Management and Audit Scheme) für die Kreismülldeponie Lachengraben. EMAS ist ein freiwilliges Instrument der Europäischen Union, das Unternehmen und Organisationen jeder Größe und Branche dabei unterstützt, ihre Umweltleistung kontinuierlich zu verbessern. Im Rahmen des EMAS verpflichtete sich der Landkreis Waldshut, die Umweltwirkungen der Deponie Lachengraben stetig zu verbessern. In dieser Zeit konnten die Umweltwirkungen der Deponie Lachengraben durch vielfältige Maßnahmen zwar erheblich verbessert werden, aber gerade im Bereich der CO₂-Ausgasung der Deponie Lachengraben besteht noch erhebliches Optimierungspotenzial. Ein solches besteht grundsätzlich auch bei den stillgelegten Deponien im Landkreis Waldshut.

Im Herbst 2015 wurde der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft auf die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) aufmerksam. Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Aktivitäten, die einen Beitrag dazu leisten, die Klimaschutzziele zu erreichen. Sie decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab, von der Konzepterstellung bis hin zu investiven Maßnahmen.

Im Rahmen der NKI werden seit 2012 auch Maßnahmen zur nachhaltigen CO₂-Reduzierung auf stillgelegten Mülldeponien gefördert. Ende vergangenen Jahres wurden die Fördermöglichkeiten nach NKI erweitert.

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft prüfte daher, ob für die stillgelegten Deponien im Landkreis Waldshut durch Optimierungen der Entgasung klimaschädliche Treibhausgase reduziert werden könnten. Dabei wurde auch der stillgelegte Deponieabschnitt der Deponie Lachengraben betrachtet.

Voraussetzung einer NKI-Förderung ist eine CO₂-Minderungsrate von >50% der einzelnen Deponie. Der Nachweis dafür ist mittels einer förderfähigen Potentialanalyse zu erbringen. Falls die CO₂-Minderung nachgewiesen werden kann, werden bis zu 50 % der Investitionskosten für die Ertüchtigungen und Erneuerung von Gasbrunnen, Schwachgasentsorgungsanlagen und Stirlingmotoren bei Eigennutzung des Stroms mit einer Förderobergrenze von 450.000 € je Deponie gefördert.

Nach der Zusammenstellung und Auswertung der Betriebsergebnisse der Entgasungsanlagen und nach Rücksprache mit zwei Ingenieurbüros (Contec aus Herrenberg und Bojahr aus Ravensburg) wurde festgestellt, dass auf allen vier Deponien des Landkreises eine NKI-Förderung möglich scheint. Genaue Ergebnisse über Optimierungsmöglichkeiten der Gaserfassungssysteme und der Entgasungsanlagen lassen sich jedoch erst aus den eigens dafür noch anzufertigenden Potentialanalysen ableiten.

Daraufhin entschloss sich der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft in einem ersten Schritt, die Fördermöglichkeiten des NKI für die Anfertigung von Potentialanalysen zu nutzen. Hierzu ließ der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft auf Grund der aus den Vorgesprächen gewonnenen Erkenntnisse zum 31. März 2016 (Einreichungsfrist) Förderanträge für die Ausarbeitung von Potentialstudien zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen für die Deponien Lachengraben und Lottstetten sowie für die Deponien Münchingen und Tiengen durch das Ing.-Büro Contec GmbH, 71083 Herrenberg, erstellen. Die Kosten für die Antragstellung für die vier Deponien beim Projektträger Jülich (PtJ) in Berlin beliefen sich auf 4.500 €.

Der Zuwendungsbescheid zur Förderung der Potentialanalysen für die Deponien Lachengraben, Lottstetten, Wutach-Münchingen und Tiengen erging durch den Projektträger Jülich am 27.05.2016.

Im nächsten Schritt ist geplant, die sich aus den Potentialanalysen ergebenden Handlungsempfehlungen in Form von investiven Maßnahmen umzusetzen, um damit die CO₂-Ausgasung der Deponien im Landkreis zu reduzieren.

Zur Vorstellung bereits umgesetzter Maßnahmen wurde das Ing.-Büro Contec zur Sitzung eingeladen. Das Ing.-Büro Contec hat in der Vergangenheit bereits 12 förderfähige Projekte erfolgreich begleitet. Herr Lehner vom Ing.-Büro Contec, ist in der BUA-Sitzung anwesend und wird über die bisherigen Erfahrungen mit den förderfähigen Projekten (z.B. im Schwarzwald-Baar Kreis, im Alb-Donau Kreis oder in Freudenstadt) berichten.

Für die Erarbeitung einer Potentialanalyse ist laut Angebot des Ing. Büros Contec vom 29. März 2016 mit Kosten von max. 19.636 € brutto pro Deponie zu rechnen. Abgerechnet wird nach dem tatsächlichen Aufwand. Gefördert würden 50 % der Kosten der Potentialstudien.

Dr. Martin Kistler
Landrat
